Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Juni bis 25. August 2021[37]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
16. August 2021	EZB	EZB und US-Wertpapieraufsichtsbehörde (SEC) unterzeichnen Memorandum of Understanding zu Wertpapier-Swap-Unternehmen Die Behörden werden Informationen zu Unternehmen austauschen, die der EZB-Aufsicht unterliegen und in den Vereinigten Staaten registriert werden, um bei Wertpapier-Swaps tätig zu werden. Durch die Vereinbarung wird die Zusammenarbeit in der Aufsicht von grenzüberschreitenden außerbörslichen Derivatemärkten weiterentwickelt. Dank dieser Zusammenarbeit lassen sich für die betreffenden Unternehmen des Euroraums Doppelarbeiten bei der Erfüllung der aufsichtlichen Vorschriften verringern.
30. Juli 2021	EZB/EBA	Stresstest bescheinigte dem europäischen Bankensektor eine gute Krisenresistenz Alle zwei Jahre wird seitens der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) gemeinsam mit dem Europäischen Rat für Systemrisiken (ESRB), der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Behörden ein EU-weiter Stresstest für größere Banken durchgeführt. Die Resultate des aktuellen Stresstests zeigten, dass das Bankensystem im Euroraum widerstandsfähig gegenüber ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen ist. Durch Reduktion von Problemkrediten und Kostenreduktionen konnte ein deutlich härteres Szenario als beim Stresstest 2018 bewältigt werden. In den Stresstest einbezogen waren 89 Banken aus dem Euroraum. Zusammengenommen entfallen auf diese Banken gut 75 % der Gesamtaktiva der Banken im Euroraum. Die sechs österreichischen Banken, die an dem Test teilgenommen haben, zeigten sich widerstandsfähig und landeten im europäischen Mittelfeld.
14. Juli 2021	EZB	Eurosystem startet Projekt zum digitalen Euro Der Rat der EZB hat die Untersuchungsphase zum Projekt „Digitaler Euro“ gestartet. Gegenstand der zweijährigen Untersuchungsphase sind wichtige Aspekte im Hinblick auf die Gestaltung und Verteilung. Einer künftigen Entscheidung, ob ein digitaler Euro eingeführt wird, wird damit nicht vorgegriffen. Diese wird erst zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.

[37] Autorinnen: Sylvia Gloggnitzer, Veronika Flögl, (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

13. Juli 2021	ECOFIN-Rat	Wirtschaftlicher Aufbau in Europa: Aufbau- und Resilienzfazilität Der ECOFIN-Rat verabschiedete das erste Paket an Durchführungsbeschlüssen für die Aufbau- und Resilienzpläne von zwölf Mitgliedstaaten. Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Lettland, Luxemburg, Österreich, Portugal, die Slowakei und Spanien können nun Finanzhilfe- und Darlehensvereinbarungen unterzeichnen und Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU erhalten. Österreich erhält rund 3,5 Mrd EUR aus dem insgesamt rund 750 Mrd EUR umfassenden europäischen Wiederaufbaufonds. Europäisches Semester Die Minister haben im Rahmen des Europäischen Semesters Schlussfolgerungen zu den eingehenden Überprüfungen für zwölf Mitgliedstaaten gebilligt. Die Überprüfungen sind Teil des Verfahrens bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht und bauen auf dem Warnmechanismus-Bericht für 2021 auf. In drei Mitgliedstaaten (Griechenland, Italien, Zypern) wurden übermäßige Ungleichgewichte festgestellt. Angesichts aktueller COVID-19 bedingter Umstände wird die EK bei übermäßigem Ungleichgewicht kein Verfahren einleiten. Vorstellung des Arbeitsprogramms des slowenischem Ratsvorsitzes Beim ersten ECOFIN-Rat unter slowenischem Ratsvorsitz wurde wie üblich das Arbeitsprogramm präsentiert. Die wichtigsten wirtschafts- und fiskalpolitischen Schwerpunktsetzungen sind die Annahme und Umsetzung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, sowie der Ausstieg aus den Unterstützungsmaßnahmen und die Vereinfachung der Fiskalregeln. In den Bereichen Finanzdienstleistungen, Steuern und Budget legt die slowenische Präsidentschaft ihre Schwerpunkte auf das „Sustainable Finance-Paket“, die Zukunft der Unternehmens-besteuerung, sowie die neuen Eigenmittel für den EU-Haushalt.
8. Juli 2021	EZB	EZB-Rat verabschiedet neue geldpolitische Strategie Die neue geldpolitische Strategie ist das Ergebnis einer eingehenden Überprüfung, die am 23. Jänner 2020 eingeleitet wurde und sieht ein symmetrisches mittelfristiges Inflationsziel von 2 % vor. Symmetrisch bedeutet in diesem Zusammenhang, dass negative Abweichungen von diesem Zielwert ebenso unerwünscht sind wie positive. Das Inflationsziel von 2% bildet einen klaren Anker für die Inflationserwartungen, was für die Gewährleistung von Preisstabilität im Euroraum von entscheidender Bedeutung ist.
6. Juli 2021	EK	Nachhaltiges Finanzwesen Die EK stellte eine Strategie in Form eines Legislativpakets für nachhaltige Finanzen vor, um Investitionen in den grünen Wandel zu stärken. Ziel ist die Mobilisierung von Finanzmitteln für einen erfolgreichen Übergang auf eine nachhaltige Wirtschaft. Ein wichtiger Teil des Pakets ist der Vorschlag für einen „European Green Bond Standard“. Der Green Bond Standard legt fest, wie

		Emissionen von Green Bonds auszugestalten sind. Nur wer den Green Bond Standard anwendet, darf seine Emission als „European Green Bond“ bezeichnen. Die EK wird bis Ende 2023 über die Durchführung der Strategie Bericht erstatten und die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen um ein nachhaltiges Finanzwesen aktiv unterstützen.
1. Juli 2021	Rat	Slowenien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft Am 1. Juli hat Slowenien – zum zweiten Mal nach 2008 – den EU-Ratsvorsitz übernommen. Das slowenische Motto lautet „*Together. Resilient. Europe*“. Gemeinsam mit Deutschland und Portugal bildet Slowenien das Trio, das im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehat. Unter dem Motto " *Together. Resilient. Europe*." subsumiert Slowenien wirtschaftliche Erholung und größere Resilienz der EU, Vorantreiben der Debatte über die Zukunft Europas im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz, Stärkung des Rechtsstaates und europäischer Werte, sowie Förderung von Sicherheit und Stabilität in der europäischen Nachbarschaft.
25. Juni 2021	Eurogipfel	Wirtschaftliche Herausforderungen nach der COVID-19-Krise Die Staats- und Regierungschefs der EU erörterten mit der Präsidentin der EZB, Christine Lagarde und dem Präsidenten der Euro-Gruppe, Paschal Donohoe, die wirtschaftlichen Herausforderungen für das Euro-Währungsgebiet nach der COVID-19-Krise. Die Führungsspitzen bekräftigten ihr uneingeschränktes Engagement für die Vollendung der Bankenunion und unterstrichen ihre politische Unterstützung für die Kapitalmarktunion. Sie waren sich einig, dass strukturelle Herausforderungen für die Integration und Entwicklung der Kapitalmärkte, insbesondere in bestimmten Bereichen des Unternehmensinsolvenzrechts, ermittelt und angegangen werden müssen. Eine rasche Umsetzung des Aktionsplans für die Kapitalmarktunion ist hierfür notwendig.
25. Juni 2021	EZB	EZB übernimmt Aufsicht über systemisch relevante Wertpapierfirmen Die EZB übernahm gemäß den neuen EU-Rechtsvorschriften die Aufsicht über die größten und systemisch relevantesten Wertpapierfirmen. Diese Firmen müssen eine Banklizenz beantragen und werden somit künftig durch die EZB beaufsichtigt. Der neue Rechtsrahmen zielt darauf ab, der spezifischen Geschäftstätigkeit von Wertpapierfirmen und den daraus resultierenden Risiken besser Rechnung zu tragen.
24./25. Juni 2021	ER	Wirtschaftliche Erholung „Post Covid-19“ Hauptthema des ER war die wirtschaftliche Erholung. „Die Führungsspitzen prüften den Stand der Arbeiten zur Umsetzung des EU-Aufbauplans „Next Generation EU“. Sie begrüßten das rasche Inkrafttreten des Eigenmittelbeschlusses, der es der EK ermöglichte, mit der Aufnahme von Mitteln zur

		Unterstützung einer integrativen Erholung, sowie des grünen und des digitalen Wandels zu beginnen.
19. Juni 2021	EU	Konstituierende Plenartagung zur EU-Zukunftskonferenz In Straßburg fand das erste (hybride) Konferenzplenum zur EU-Zukunftskonferenz statt. Das Plenum besteht bislang aus 108 Mitgliedern des EPs, 54 Vertretern des EU-Rates der Mitgliedstaaten, drei Mitgliedern der EK, 108 Vertretern der nationalen Parlamente und 16 Vertretern der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft. Auf konsensualer Basis wird die Plenarversammlung ihre Vorschläge an den Exekutivausschuss für den Abschlussbericht weiterleiten. Finale Ergebnisse der EU-Zukunftskonferenz sollen im Frühling 2022 zusammengefasst werden.
18. Juni 2021	ECOFIN Rat	Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität Die Finanzminister führten einen Gedankenaustausch über die Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität. Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist das Herzstück des EU-Aufbauplans „Next Generation EU". Mit ihr werden 672,5 Mrd EUR an Finanzhilfen und Darlehen für öffentliche Investitionen und Reformen in den Mitgliedstaaten bereitgestellt, um sie bei der Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, der Förderung des grünen und des digitalen Wandels und dem Aufbau widerstandsfähiger und inklusiver Gesellschaften zu unterstützen. Haushaltsfragen Die Minister nahmen eine Empfehlung im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit für Rumänien an. Rumänien wird eine neue Frist gesetzt, um seine Haushaltslage bis 2024 zu verbessern. Der Rat hat außerdem im Rahmen des Europäischen Semesters die Empfehlungen zu den aktualisierten Stabilitäts- oder Konvergenzprogrammen der Mitgliedstaaten angenommen.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

2. August 2021	IWF	Der IWF-Gouverneursrat stimmt dem Vorschlag von Managing Director Georgieva über eine generelle Allokation von Sonderziehungsrechten (SZR) in Höhe von weltweit 650 Mrd USD zu. Im Einklang mit dem Konsens der internationalen Staatengemeinschaft und der koordinierten Willensbildung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten beteiligt sich Österreich bzw. die OeNB an dieser SZR-Allokation gemäß Beschluss des OeNB-Direktoriums von 15. Juni 2021.
23. August 2021	IWF	Die SZR Allokation tritt in Kraft. Für Österreich bzw. die OeNB bedeutet dies einen zusätzlichen SZR Allokationsbetrag von 3,77 Mrd SZR (rd. 4,56 Mrd EUR)[38].

[38] 3.768.645.160 SZR / 4.560.814.372,63 EUR

		Österreichs bisherige SZR-Allokation beträgt rd. 1,74 Mrd SZR (rd. 2,08 Mrd. EUR)[39]. Durch die nunmehr erfolgte zusätzliche SZR-Allokation ergibt sich daraus ein neuer kumulierter SZR-Allokationsbetrag für die OeNB von insgesamt etwa 5,51 Mrd SZR (rd. 6,64 Mrd EUR; SZR/EUR-Wechselkurs per 23. August 2021)[40].

[39] 1.736.313.856 SZR / 2.083.576.627,20 EUR

[40] 5.504.959.016 SZR / 6.644.390.999,83 EUR